

Verschärfung der Repression unter dem Vorwand der „Bekämpfung der Infiltration“

Am Sonntag, den 16. August 2026, verabschiedete das iranische Parlament mit 183 Ja-Stimmen die Grundzüge eines Gesetzentwurfs mit dem Titel „Bekämpfung der Infiltration durch Geheimdienste sowie ausländische Staaten und Institutionen im Land“. Der Gesetzentwurf umfasst 19 Artikel mit zahlreichen Klauseln und geht weit über die Bekämpfung von Spionage im herkömmlichen Sinne hinaus.

Der Gesetzentwurf sieht Einschränkungen und in bestimmten Fällen auch strafrechtliche Konsequenzen für ein breites Spektrum wissenschaftlicher, medialer, beruflicher und gesellschaftlicher Kontakte mit Institutionen und Personen im Ausland vor. So könnten

► 2

Der Streit über die Fortsetzung des Krieges oder die Aufnahme von Verhandlungen und einen Kompromiss

Während das Regime im Iran mit den jüngsten Anordnungen und Ernennungen von Mojtaba Khamenei eine offensive Strategie verfolgt hat, steht es nun sowohl innenpolitisch als auch international vor der größten Herausforderung seiner Existenz.

Das Ernennungsdekret für den neuen Oberbefehlshaber der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) forderte ausdrücklich eine „kontinuierliche und umfassende Verbesserung der Fähigkeiten zur maximalen Abschreckung und intelligenten Einsatzbereitschaft für starke offensive Operationen gegen den Feind“.

► 5



In dieser Ausgabe:

- ◆ Verschärfung der Repression unter dem Vorwand der „Bekämpfung der Infiltration“
- ◆ Der Streit über die Fortsetzung des Krieges oder die Aufnahme von Verhandlungen und einen Kompromiss
- ◆ Ausgewählte Arbeiter*innen-Nachrichten...

Verschärfung der Repression...

beispielsweise Kontakte zu bestimmten ausländischen Medien, die Zusammenarbeit mit ausländischen wissenschaftlichen und akademischen Einrichtungen sowie bestimmte Formen des Kontakts mit internationalen Organisationen Maßnahmen durch die Sicherheitsbehörden nach sich ziehen.

Allerdings wurde am 16. August lediglich der grundsätzliche Rahmen des Gesetzentwurfs gebilligt. Das bedeutet nicht, dass er bereits Gesetz geworden ist. Der Gesetzentwurf muss noch weitere Beratungen und Abstimmungen durchlaufen. Daher können nicht alle Bestimmungen des derzeitigen Textes als endgültig und rechtlich bindend angesehen werden.

Dennoch ist es wichtig, diesen Gesetzentwurf und seine grundsätzliche politische Ausrichtung zu analysieren, um die politischen Absichten dahinter zu verstehen.

Die grundlegende Frage lautet: Warum hat sich die Islamische Republik gerade zu diesem Zeitpunkt entschieden, einen solchen Gesetzentwurf voranzutreiben?

Die offizielle Begründung des Regimes lautet, dass damit die Infiltration durch Geheimdienste, ausländische Staaten und Institutionen bekämpft werden soll. Zweifellos gehören die Schläge, die die militärischen, politischen und sicherheitsstaatlichen Strukturen des

Regimes im Iran während des jüngsten Krieges sowie infolge der Aktivitäten von Mossad-Netzwerken erlitten haben, zu den Vorwänden für die Einführung eines solchen Gesetzentwurfs.

Eine Reduzierung des Problems auf die Sicherheitsversäumnisse des Regimes und die Aktivitäten von Spionagenetzwerken erklärt jedoch nur einen kleinen Teil der Realität. Die eigentliche Antwort muss im Kontext der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Situation im Iran gesucht werden.

Die iranische Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel und ist zunehmend durch das Potenzial für neue gesellschaftliche Unruhen gekennzeichnet. Eine Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und politischer Forderungen ist seit Jahren unbeantwortet geblieben. Krieg, die sich verschärfende Wirtschaftskrise, Inflation, sinkende Kaufkraft, Arbeitslosigkeit, Armut, politische Repression, Misstrauen gegenüber dem Staat und eine tiefgreifende Unzufriedenheit, die zunehmend in Wut gegenüber der Regierung umschlägt, treffen aufeinander.

Selbst wenn das Regime versuchen sollte, durch begrenzte wirtschaftliche und soziale Reformen einen Teil des Drucks zu mindern, der durch die chronischen und weitreichenden Krisen entstanden ist, gibt es derzeit keine klare Aussicht auf eine solche Entwicklung. Das Zusammenwirken dieser Bedingungen



Verschärfung der Repression...

hat die Gesellschaft an einen Punkt gebracht, an dem neue politische und soziale Unruhen sowie Protestbewegungen entstehen könnten.

Proteste können zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlichen Formen ausbrechen und verschiedene Teile der Gesellschaft mobilisieren, insbesondere Arbeiter und andere arbeitende Menschen.

Aus dieser Perspektive besteht das Problem der Islamischen Republik nicht lediglich in einer äußeren Bedrohung oder in Spionagenetzwerken. Das weitaus grundlegendere Problem ist eine Gesellschaft, in der sich ungelöste Forderungen angesammelt haben und das Protestpotenzial gewachsen ist. Unter diesen Bedingungen versucht die Regierung, die rechtlichen und sicherheitspolitischen Instrumente zur Kontrolle der Gesellschaft zu stärken, bevor es zu einer möglichen Ausweitung der Proteste kommt.

In einem solchen Prozess verschwimmen die Grenzen zwischen tatsächlicher Spionage, politischer Tätigkeit, Journalismus, Berichterstattung, beruflichen Kontakten und Opposition gegen die Regierung zunehmend.

Die Verbreitung von Informationen über Streiks und Proteste, die Weitergabe von Bildern und Forderungen, die Vernetzung von Arbeitern

an verschiedenen Arbeitsplätzen, der Austausch von Erfahrungen aus gemeinsamen Kämpfen sowie der Aufbau von Verbindungen zwischen Arbeitern, Lehrern, Rentnern, Studenten und anderen Teilen der arbeitenden Bevölkerung hängen alle vom freien Austausch von Informationen und unabhängigen Kommunikationskanälen ab.

Die Kriminalisierung solcher Kontakte kann daher in der Praxis auf eine der materiellen Voraussetzungen für die Organisation und Ausweitung gesellschaftlicher Protestbewegungen abzielen.

Aus Klassenperspektive kann diese Entwicklung nicht lediglich als juristischer Streit über die Grenzen staatlicher Befugnisse betrachtet werden. Angesichts einer umfassenden Krise stützt sich das Regime neben wirtschaftlichen Instrumenten zunehmend auf Zwang und

► 4



Es lebe die Klassenautonomie der Arbeiterklasse!

Verschärfung der Repression...

Repression gegenüber Arbeitern und arbeitenden Menschen.

Wenn eine Regierung nicht in der Lage ist, gesellschaftliche Forderungen zu erfüllen, und die Kluft zwischen ihr und großen Teilen der Gesellschaft immer größer wird, werden die Kontrolle von Informationen, die Einschränkung der Kommunikation und die Verhinderung unabhängiger gesellschaftlicher Netzwerke zu Bestandteilen des Mechanismus zur Aufrechterhaltung der politischen Macht.

In diesem Sinne dient die Berufung auf die „nationale Sicherheit“ letztlich als Deckmantel für die politische Sicherheit der herrschenden Macht. Es geht nicht mehr lediglich um die Verhinderung von Spionage. Vielmehr besteht das Ziel darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen unabhängige Kommunikation, die Entwicklung eines politischen Bewusstseins, die Verbreitung von Informationen und eine unabhängige Organisation für gewöhnliche Menschen mit immer höheren politischen und rechtlichen Kosten verbunden sind.

Allerdings besteht eine erhebliche Kluft zwischen der Verabschiedung eines Gesetzentwurfs und seiner vollständigen Umsetzung in der Gesellschaft. Der Gesetzentwurf befindet sich noch in der Phase der Beratung und Verabschiedung seines allgemeinen Rahmens und muss weitere Verfahren durchlaufen.

Doch selbst wenn der Gesetzentwurf verabschiedet wird, wird jeder Versuch, seine Bestimmungen flächendeckend durchzusetzen, scheitern.

Für die Arbeiterklasse und andere arbeitende Menschen geht es daher nicht lediglich um den Widerstand gegen einen bestimmten Sicherheitsgesetzentwurf. Es geht darum, die Möglichkeit zu verteidigen, ein politisches Bewusstsein zu entwickeln und zu verbreiten, miteinander zu kommunizieren und sich unabhängig zu organisieren, um gegen jene gesellschaftlichen Bedingungen zu kämpfen, die Armut, Ausbeutung, Krieg und Repression immer wieder hervorbringen.



Der Streit über die Fortsetzung...

Doch die Situation hat sich inzwischen grundlegend verändert.

Die Seeblockade und die Wirtschaftssanktionen Trumps haben verheerende Folgen. Die finanzielle Zahlungsunfähigkeit des Staates kann nicht länger verborgen werden. Die Wirtschaft befindet sich weitgehend im Chaos. Die Inflation gerät außer Kontrolle.

Die Last des Krieges, der Blockade, der Sanktionen und der Inflation wird auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Sie ist unerträglich geworden. Selbst einige hochrangige Beamte und führende Vertreter des Regimes verbergen ihre Angst vor einem Ausbruch von Massenprotesten und der Wut der Bevölkerung nicht länger.

neut werden die Stimmen lauter, die Verhandlungen und einen Kompromiss mit den Vereinigten Staaten fordern. Sie stehen denjenigen gegenüber, die für eine Fortsetzung des Krieges und weitere militärische Maßnahmen eintreten. Inzwischen gibt es offene Forderungen nach einer Rückkehr zu Verhandlungen, einem neuen Abkommen und einem Ende des Krieges.

Die Situation wendet sich gegen die Islamische Republik

Die Situation hat sich inzwischen gegen das Regime gewendet. Es gibt offenbar kaum Anzeichen dafür, dass Trump bereit ist, den ►

Rahmen des früheren Abkommens zu akzeptieren.

Auch die Bedeutung der Straße von Hormus und ihre vorübergehende Schließung durch das iranische Regime hat sich verändert. Die ölreichen Staaten am Persischen Golf haben alternative Routen für den Transport eines Teils ihrer Ölexporte gefunden.

Einige Öltanker haben unter dem Schutz der US-Marine die Durchfahrt auf der südlichen Seite der Straße von Hormus wieder aufgenommen.

Dies hat das iranische Regime selbst zunehmend in eine schwierige Lage gebracht. Unter den Bedingungen der Seeblockade kann es nicht mehr ausreichende Mengen Öl auf dem Weltmarkt exportieren und verkaufen. Bereits in diesem kurzen Zeitraum hat es dadurch Milliarden von Dollar an Einnahmen verloren.

Die Seeblockade hat zudem den Transport von Waren über Landkorridore erschwert. Unter diesen Bedingungen hat der Außenminister der Islamischen Republik seine Kontakte zu Pakistan und anderen politischen Vermittlern erneut intensiviert. Ziel könnte es sein, einen Weg zu finden, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, bevor die sekundären Sanktionen Trumps in Kraft treten.

Die internationale Isolation des Regimes

Die entscheidende Frage lautet jedoch: Kann die US-Regierung tatsächlich alle Staaten der Welt dazu zwingen, ihre sekundären ► 6

Der Streit über die Fortsetzung...

Sanktionen einzuhalten?

Hier ist nicht allein die politische und wirtschaftliche Macht des US-Imperialismus ausschlaggebend. Noch wichtiger ist die internationale Isolation Irans. Sie ermöglicht es der US-Regierung, eine solche Politik zu verfolgen.

Selbst die Beziehungen Irans zu seinen Nachbarstaaten befinden sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. Die Türkei und Pakistan könnten ihre Landgrenzen für iranische Importe und Exporte öffnen. Allerdings werden sie wahrscheinlich entsprechend ihren eigenen Interessen die Position der USA unterstützen.

Trotz dieses Drucks wird Russland wahrscheinlich das einzige Land sein, das sich weigert, die von der US-Regierung verhängten Sanktionen einzuhalten. Allerdings ist das Handelsvolumen zwischen Russland und der Islamischen Republik sehr gering. Es kann die Situation des iranischen Regimes nicht grundlegend verändern.

Vom gesamten Handelsvolumen der Islamischen Republik in Höhe von 110 Milliarden US-Dollar im vergangenen Jahr entfielen

lediglich 4,7 Milliarden US-Dollar auf den Handel mit Russland.

Auch China unterhält umfangreiche Handelsbeziehungen mit der Islamischen Republik. Sollten jedoch seine weitaus größeren wirtschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gefährdet werden, wird China letztlich auch den Umfang seines wirtschaftlichen Handels mit Iran reduzieren.

Im Jahr 2024 belief sich der Wert der iranischen Importe aus China auf 18 Milliarden US-Dollar, während die iranischen Exporte nach China einen Wert von etwa 14,5 Milliarden US-Dollar hatten.

Gleichzeitig hat nun auch die Vereinigte Arabische Emirate (VAE) ihre Beziehungen zur Islamischen Republik ausgesetzt. Mit einem Handelsvolumen von rund 28 Milliarden US-Dollar waren die VAE zuvor Irans wichtigster Handels- und Finanzpartner.

Das Außenministerium der VAE erklärte vergangene Woche:

„Jeglicher Handel, kommerzieller Austausch und alle Finanztransaktionen mit Iran werden bis auf weiteres ausgesetzt.“

Die Wirtschaftskrise verschärft sich



Die islamische Republik muss mit einem politischen Generalstreik und einem bewaffneten Aufstand gestürzt werden!

Der Streit über die Fortsetzung...

Unter diesen Bedingungen wird sich die wirtschaftliche Lage der Islamischen Republik, die bereits durch die Seeblockade schwer beeinträchtigt ist, dramatisch verschlechtern, sobald Trumps neue Sanktionen in Kraft treten. Diese Sanktionen werden faktisch einer Landblockade gleichkommen.

Natürlich war die Islamische Republik auch in der Vergangenheit mit Sanktionen konfrontiert. Doch die heutige Situation unterscheidet sich grundlegend davon.

In der Vergangenheit stand Iran niemals unter einer umfassenden Blockade. Das Regime war daher in der Lage, sein Öl über verschiedene Kanäle zu exportieren und zu verkaufen.

Heute ist dies nicht mehr möglich.

Das Überleben jedes auf Öleinnahmen basierenden Rentierstaates hängt von seinen Einnahmen aus dem Ölgeschäft ab. Wenn diese Einnahmen versiegen, gerät die bloße Existenz eines solchen Regimes in Gefahr.

Das Regime im Iran steht daher vor einem grundlegenden Dilemma. Einerseits verliert es seine wichtigste Einnahmequelle und damit eine entscheidende Grundlage seiner politischen

Existenz. Andererseits haben sich die inneren Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse zunehmend verschärft.

Unter diesen Bedingungen hat das Regime im Wesentlichen zwei Möglichkeiten:

Entweder versucht es, zumindest vorübergehend aus der Falle von Sanktionen und Blockade zu entkommen, indem es der US-Regierung weitere Zugeständnisse macht, oder es startet nach einer inneren Säuberung und der Konsolidierung seiner Macht ein militärisches Abenteuer. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise, der politischen Isolation und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung würde ein solcher Schritt jedoch zwangsläufig auf das Regime selbst zurückschlagen.

Was bedeutet diese Situation für die arbeitende Bevölkerung im Iran?

Zwei reaktionäre und kriegstreiberische Staaten haben die Kosten des Krieges und der Sanktionen auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt. Hilflos zuzusehen, wie sich dieser Prozess entfaltet, wäre verhängnisvoll.

Der Ausweg liegt in einer Revolution, die die

► 8

Die islamische Republik muss mit einem politischen Generalstreik und einem bewaffneten Aufstand gestürzt werden!

Ausgewählte Arbeiter*innen-Nachrichten

Zahlungen und Überstunden. Sie forderten den Rücktritt des Präsidenten der Medizinischen Universität Nischapur.

- Am Dienstag, den 18. August 2026, versammelte sich eine Gruppe von Beschäftigten im Gesundheitswesen vor der Provinzverwaltung von Hamadan. Sie protestierten gegen ihre schwierige wirtschaftliche Lage, die Nichtauszahlung ausstehender Ansprüche sowie das niedrige Lohnniveau.

Proteste gegen Arbeitslosigkeit

-Eine Gruppe junger Arbeitssuchender aus der Region Garmsir in Boyer-Ahmad protestierte am Samstag, den 1. August 2026, gegen das Verfahren zur Einstellung neuer Beschäftigter. Zunächst versammelten sie sich vor der Raffinerie Lishtar und anschließend vor der Stadtverwaltung von Gachsaran.

Die Protestierenden forderten eine faire und gleichberechtigte Behandlung bei der Einstellung, Transparenz im Einstellungsverfahren sowie ein Ende der Diskriminierung. Zudem bekräftigten sie das Recht der jungen Menschen in der Region auf Beschäftigung und eine gesicherte Existenzgrundlage.

Der Streit über die Fortsetzung...

Herrschaft der Islamischen Republik hinwegfegt, den Krieg beendet und es den arbeitenden und unterdrückten Massen ermöglicht, die in Räten organisiert sind, ihr eigenes Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Diese Aufgabe fällt vor allem der iranischen Arbeiterklasse zu.

Sie ist die Klasse, die in der Lage ist, einen organisierten Kampf aufzubauen. Sie kann einen Generalstreik organisieren und die organisierten Massen in Richtung einer sozialen Revolution führen.

Ich kann dir auch beide übersetzten Teile zu einem einzigen, durchgängigen deutschen Text zusammenfügen.



Die islamische Republik muss mit einem politischen Generalstreik und einem bewaffneten Aufstand gestürzt werden!

Ausgewählte Arbeiter*innen-Nachrichten

Gohar Zamin Nr. 3 in der Region Sirjan protestierten gegen die drohende Entlassung und mögliche Arbeitslosigkeit. Die 115 Beschäftigten des Bergwerks, von denen einige bereits seit bis zu elf Jahren dort arbeiten, wurden kürzlich darüber informiert, dass sie nach Abschluss des Projekts Ende des Monats entweder auf neue Projekte in anderen Regionen versetzt oder entlassen und abgefunden würden. Alle Beschäftigten stammen aus der Region Sirjan. Ihre Arbeitsverträge waren zuvor jährlich mit dem Subunternehmen verlängert worden. Sie berichteten: „Am 22. Juli wurde unser einjähriger Arbeitsvertrag plötzlich auf einen Monat verkürzt. Uns wurde bis zum Ende dieses Vertrags Zeit gegeben, zu entscheiden, ob wir bleiben oder gehen.“

Um Klarheit über ihre Beschäftigungssituation zu erhalten, veranstalteten die Beschäftigten eine Protestkundgebung vor der Stadtverwaltung von Sirjan.

- Am Sonntag, den 23. August 2026, versammelte sich eine Gruppe entlassener Beschäftigter des Stahlunternehmens Shadgan am Eingang des Stahlkomplexes. Sie protestierten gegen die fortgesetzten Entlassungen und die anhaltende Unsicherheit ihrer Beschäftigungssituation.

Die Entlassungswelle in dem Werk hatte zehn Monate zuvor begonnen. Mit der Fertigstellung einzelner Bereiche des Industrieprojekts wurden

schätzungsweise 100 Beschäftigte nach und nach entlassen. Nach monatelanger, in einigen Fällen sogar jahrelanger Arbeit an dem Projekt stehen sie nun ohne Arbeitsplatzsicherheit und ohne klare Aussicht auf eine Wiedereinstellung vor der Arbeitslosigkeit.

Proteste gegen ausstehende Lohnzahlungen

- Rund 30 Beschäftigte, die für die Bewachung der Bahnstrecken entlang der Strecke Sarkhehuran–Bezpeiran zuständig sind, berichteten, dass sie seit fünf Monaten keine Löhne erhalten hätten. Sie protestierten gegen ihre schwierige soziale und wirtschaftliche Lage sowie gegen ihre harten Arbeitsbedingungen.

- Am Samstag, den 15. August 2026, versammelten sich Beschäftigte der Stadtverwaltung von Bandar Mahshahr vor den Verwaltungsgebäuden der Stadtverwaltung, um gegen ausstehende Lohnzahlungen und ihre schwierige wirtschaftliche Situation zu protestieren.

Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen

- Am Donnerstag, den 20. August 2026, veranstalteten Pflegekräfte und Beschäftigte im Gesundheitswesen in Nischapur eine Protestkundgebung vor der Medizinischen Universität der Stadt. Mit dem Ruf „Universitätspräsident – Rücktritt! Rücktritt!“ protestierten sie gegen ihre niedrigen Löhne und Einkommen sowie gegen die ihrer Ansicht nach ungerechte Vergütung medizinischer Leistungen, leistungsabhängiger



Arbeit – Brot – Freiheit – Räteregierung

Ausgewählte Arbeitskämpfe von Beschäftigten und arbeitenden Menschen im August 2026

Proteste von Rentnerinnen und Rentnern

Im August führten Rentnerinnen und Rentner aus verschiedenen Branchen, darunter ehemalige Beschäftigte der Telekommunikationsbranche, Stahl- und Eisenarbeiter sowie Beschäftigte der Stahl- und Eisenwerke in Isfahan, ebenso wie Rentnerinnen und Rentner der Sozialversicherung in der Stadt Schusch, in verschiedenen Städten zahlreiche Protestaktionen durch.

Zu ihren wichtigsten Forderungen gehörten die Auszahlung ausstehender Ansprüche, die Umsetzung bereits verabschiedeter Regelungen sowie der Protest gegen die unzureichende medizinische Versorgung im Rahmen des Krankenversicherungssystems.

Einer der von den Sozialversicherungsrentnerinnen und -rentnern in Schusch gerufenen Slogans lautete:

„Schluss mit der Kriegstreiberei – unsere Tische sind leer!“.

Proteste gegen Arbeitsplatzunsicherheit und Entlassungen

- Eine Gruppe von Beschäftigten des petrochemischen Werks Salman Farsi versammelte sich am Samstag, den 15. August 2026, in der Stadt Mahschahr. Sie protestierten insbesondere gegen die Umwandlung ihrer bisherigen direkten Arbeitsverträge in Beschäftigungsverhältnisse über Subunternehmen und erklärten, dass sie weiterhin mit Arbeitsplatzunsicherheit und Ungewissheit über ihre berufliche Zukunft konfrontiert seien.

- Beschäftigte eines Subunternehmens im Bergwerk

► 9



Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist eine kommunistische Organisation, die für den Sturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft kämpft.

Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) kämpft für eine klassenlose Gesellschaft, in der jegliche Form der Ausbeutung, Unterdrückung, Benachteiligung und soziale Ungleichheit beseitigt sind, und wo alle freien und gleichberechtigten Mitglieder der Gesellschaft im Wohlstand und Glück leben und ihre Fähigkeiten entwickeln.

Das unmittelbare Ziel der Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist der Sturz der islamischen Republik Iran und die Errichtung der Sowjetrepublik der Arbeiter und Werktätige, die der Ausdruck der konsequentesten und vollständigsten Form der Demokratie ist. Sie wird die weitestgehenden politischen Freiheiten gewährleisten und in dem sie die demokratischen und das Gemeinwohl betreffende soziale Maßnahmen verwirklicht, die sozialistischen Umwälzungen beginnt.

Es lebe der Sozialismus

Kontakt

Organisation der Fedaian (Aghaliyat)

info@fadaian-minority.org

<https://fadaian-minority.org/index.php/deutsch/>